

TORGE LÖDING

# MÄRCHENPRINZ GEGEN SOZIALPOLITIKER

**NEUE JUGENDBEWEGUNG AN DER SPITZE DES KAMPFES  
FÜR DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ**

Geschichte wird gemacht ... das stellt in diesen Wochen eine neue Jugendbewegung in Mexiko unter Beweis, die landesweit gegen Medienmanipulation und den Kandidaten der «Partei der institutionalisierten Revolution» (PRI) mobilisiert. Die PRI lenkte bis ins Jahr 2000 mehr als sieben Jahrzehnte autoritär die Geschicke des Landes. Und die Konzentration der Massenmedien ist in Mexiko sehr weit vorangeschritten, dominiert wird der Markt von zwei großen Gruppen, TV Azteca und Televisa, die sich einmal mehr zum Königsmacher aufschwingen wollen. Dazu wurde ein Drehbuch erdacht, welches zur großen Gram der Drahtzieher Anfang Juni international Schlagzeilen machte: Der seriöse britische *The Guardian* veröffentlichte ausführliche Artikel über Korruption und antidemokratische Absprachen zwischen Televisa und der PRI, mit dem Ziel deren Kandidaten Enrique Peña Nieto zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen am 1. Juli 2012 zu verhelfen.

Wenige Wochen vor dem Enthüllungsartikel entstand die neue Jugendbewegung, die sich «Yo Soy#132» («Ich bin Nummer 132») nennt und die Karten in der Wahlkampagne neu gemischt hat. «132» entstand aus einer Solidaritätskampagne für 131 Studierende der Privatuniversität «Iberoamericana» (ein Novum, denn die privaten Hochschulen besucht der Nachwuchs Besserverdienender und waren in der Vergangenheit kein Hort einer Studierendenbewegung), die beim Besuch von Enrique Peña Nieto (PRI) lautstark protestierten. In Folge erklärten zehntausende Jugendliche in einer Internetkampagne, sie seien «Nummer 132». Seither gab es an der öffentlichen Universität UNAM, die größte Lateinamerikas, bereits drei Versammlungen der neuen Bewegungen an denen sich zehntausende Studierender beteiligten, in 13 Bundesstaaten demonstrierten sie und organisieren ein ausschließlich im Internet übertragenes TV-Duell für die Präsidentschaftskandidaten (an dem Peña Nieto indes nicht teilnehmen wollte).

*The Guardian* stützt seine Enthüllungsartikel auf von *Wileaks* zitierte US-Diplomaten und vertrauliche Quellen im Medienkonzern Televisa. Überraschend ist die Enthüllung nicht, aber ihr Wert liegt in dem seriösen Medium, das sie nun mit Argumenten untermauert. Die britische Tageszeitung berichtet vom Millionendeal zwischen dem Televisa-Konsortium unter Emilio Acárraga Jean und der PRI-Führung mit dem Ziel, seit 2005 den damaligen Gouverneur des bevölkerungsreichsten Bundesstaates Mexiko (Hauptstadt: Toluca) Peña Nieto zum Präsidentschaftskandidaten für 2012

aufzubauen. Das Drehbuch präsentiert den 46-jährigen, der als gutaussehend gilt und Wert auf seine Haartolle legt, als Märchenprinzen. Dieser gibt nur wenige Monate nach dem überraschenden Tod seiner ersten Frau Mónica Pretelini im Jahr 2007 auf einem TV-Kanal bekannt, nun mit der beliebten Telenovela-Schauspielerin Angélica Rivera liiert zu sein und heiratet sie im November 2010. Der exzessiven Berichterstattung auf Televisa über die «Erfolge eines dynamischen Mannes» schlossen sich die anderen elektronischen und Print-Medien an. Laut *The Guardian* war die positive Berichterstattung, die sich nicht durch die Präsenz des PRI-Politikers im Programm, sondern eher durch positive Kommentierung seiner Person und seiner Arbeit äußerte, nicht kostenlos. Das Blatt zitiert Dokumente<sup>1</sup>, nach denen die Partei für 180 Nachrichtenbeiträge fast 306 Millionen Pesos (knapp 22 Millionen US-Dollar) an den TV-Sender zahlte, danach dann knapp 6 Millionen Pesos für drei Interviews, weitere rund 43 Millionen Pesos für sechs Interviews in einem anderen Format plus drei weitere Programme. Die Summe, die zwischen Televisa und der PRI-Führung im Laufe der Jahre geflossen sein soll, liegt deutlich im achtstelligen Peso-Bereich (also zehntausende Millionen US-Dollar).

Während Peña Nieto aufgebaut wurde, zahlte die Regierung des damaligen konservativen Präsidenten Vicente Fox (von der erzkatholischen «Partei der Nationalen Aktion», PAN)

<sup>1</sup> <http://www.jornada.unam.mx/2012/04/25/opinion/024a1pol>

im Präsidentschaftswahlkampf 2005–2006 rund 60 Millionen Pesos an das gleiche TV-Konsortium, um den progressiven Kandidaten Andrés Manuel López Obrador zu diskreditieren, berichtet *Guardian*-Korrespondent Jo Tuckmann. Zum Beispiel wurde damit im mexikanischen «Big Brother»-Programm gezielt Kritik an der Arbeit von López Obrador als früherer Bürgermeister von Mexiko-Stadt platziert.

Es versteht sich von selbst, dass diese Enthüllungen vor allem dem begrenzten Publikum kritischer Medien wie der Tageszeitung *La Jornada* oder dem Nachrichtenmagazin *Proceso* bekannt gemacht werden und die von der Kritik betroffenen Medien schweigen. Aber nun sind auch die steigende Zahl der AnhängerInnen von «Yo Soy #132» unterrichtet, die solche Informationen vor allem über soziale Netzwerke kommunizieren. Damit konstituiert sich ein neuer politischer und sozialer Akteur, den die StrategInnen von PRI und PAN nicht einkalkuliert hatten. In ihrem Selbstverständnis sieht sich die Bewegung nicht auf die Zeit bis zu den Wahlen begrenzt. Sie möchte als Bewegung für Demokratie und Transparenz in das kommende Jahrzehnt hineinwachsen.

## KLIMA DER ANGST

Internationale KommentatorInnen verglichen den Aufbruch von «Yo Soy #132» mit dem «arabischen Frühling». Andere BeobachterInnen halten diesen Vergleich für nicht haltbar, da in Mexiko keine Diktatur herrsche. So richtig dieser Einwand formal ist, so muss doch auf die Begrenztheit und Unvollkommenheit des demokratischen Rechtsstaates in Mexiko hingewiesen werden. Die PRI hat in den sieben Jahrzehnten ihrer Herrschaft ein System von Demokatur eingeführt, welches sich zwar mit Wahlen legitimiert, aber geprägt ist von Stimmenkauf, Bestechung, Klientelismus und – im Zweifel blutiger – Unterdrückung Andersdenkender (auf sonderbare Weise gepaart mit einer fortschrittlichen Außenpolitik). Die PRI stellt sich heute als gewandelt dar, Peña Nieto gibt vor, ein neues Gesicht der alten Staatspartei zu verkörpern. Das kann in Frage gestellt werden, betrachtet man die staatliche Unterdrückung, für die er als Gouverneur des Bundesstaates Mexiko verantwortlich ist. Zum Beispiel 2006 in Atenco, als er Polizei gegen BürgerInnen einsetzte, die gegen ein Flughafenprojekt protestierten. Die nationale Menschenrechtskommission CNDH<sup>2</sup> bilanziert diesen überaus brutalen Einsatz mit 207 Menschen (inklusive zehn Minderjährige), welche Opfer unmenschlichen Verhaltens wurden, 145 unrechtmäßigen Verhaftungen, 26 Vergewaltigungsoffern und 5 unrechtmäßigen Abschiebungen von AusländerInnen. Peña Nieto stellt sich auch heute noch explizit hinter diese Gewaltorgie. Darüber hinaus ist er bestens vernetzt mit dem vorletzten PRI-Präsidenten Carlos Salinas (1988-1994) und anderen Mächtigen aus dem alten PRI-Apparat. Nachgesagt werden ihm zudem Kontakte mit der Organisierten Kriminalität.

An dieser Stelle soll nicht der Eindruck entstehen, dass die PRI bereits oder immer noch den Staatschef stellt. Als großer Moment der Demokratie in Mexiko gilt der Wahlsieg des ehemaligen Coca-Cola-Managers Vicente Fox, der im Jahr 2000 als Kandidat der erzkatholischen PAN die Wahl zum höchsten Staatsamt gewann und dabei auch nicht unerheblich von linken Intellektuellen, PolitikerInnen und WählerInnen unterstützt wurde. Die Flitterwochen zwischen PAN und der politischen Linken hielten indes nicht lange an. Die zwölf Jahre konservativer Regierung führten vor allem zu einer Vertiefung der unter der PRI begonnenen neoliberalen Politik und einem rasanten Anstieg der Armut auf ein bisher nicht gekanntes

Niveau in Mexiko. Heute gelten mehr als 52 Millionen Menschen in Mexiko als arm, das sind 46,2 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2006 ernannte das Oberste Gericht dann den PAN-Kandidaten (und amtierenden Präsidenten) Felipe Calderón zum Gewinner der Präsidentschaftswahl, nach offiziellen Angaben mit einem Vorsprung von 0,56 Prozentpunkten. Der damals unterlegene progressive Politiker López Obrador erkannte das Ergebnis nie an und bis heute sprechen nicht nur seine Anhänger von einem Wahlbetrug. Die Wahlbehörde IFE konnte diese Vorwürfe nicht ausräumen, da sie etwa die Nachzählung aller Stimmzettel verhinderte.

## DER «KRIEG GEGEN DIE DROGEN»

Calderón läutete dann eines der blutigsten Kapitel der mexikanischen Geschichte ein, den sogenannten «Krieg gegen die Drogen» mit einer Zwischenbilanz von bis zu 60 000 Todesopfern, 30 000 Verschwindenen<sup>3</sup> und – hier gegen die Zahlen besonders stark auseinander – vielleicht 250 000 Inlandsvertriebenen. Es ist vor allem dieser Krieg und die in Mexiko herrschende Straflosigkeit<sup>4</sup>, welche ein öffentliches Klima von Terror und Angst geschaffen hat. VertreterInnen der Zivilgesellschaft beklagen, dass vor diesem Hintergrund die Grundbedingung für demokratische Beteiligung nicht gegeben ist. JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden in ihrer Arbeit behindert, bedroht, verletzt und ermordet. Und obwohl das Parlament eigens für diese Bevölkerungsgruppe ein spezielles Schutzgesetz erlassen hat, bleibt die Mehrzahl der Übergriffe straflos. Die «Zivile Allianz», die Menschenrechtsarbeit auf nationaler Ebene leistet, kann nur in 22 der insgesamt 32 Bundesstaaten aktiv sein, da es in den zehn übrigen schier lebensgefährlich ist. Täter sind dabei sowohl Akteure der Organisierten Kriminalität, die einen Kampf um Territorium im Drogenhandel und ihren Einfluss auf staatliche Institutionen führen, als auch staatliche Akteure. Die Menschenrechtsorganisation ACUDDEH<sup>5</sup>, der auch das 2012 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnete Comité Cerezo angehört, beziffert die Zahl der direkten Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen im Jahr 2011 mit 188 Personen, plus 47 Menschen im ersten Quartal 2012. Allgemein bekannt ist, dass in Mexiko alleine im ersten Halbjahr 2012 bereits 11 JournalistInnen ermordet wurden, so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Jeden Fall belegen und dokumentieren sie detailliert. Dabei gehen sie von der UNO-Definition der Menschenrechte aus und auch davon, dass nur der Staat, dessen Aufgabe es ist die Menschenrechte zu achten, diese auch verletzen kann. Für die Autoren der Studie zur Verletzung der Menschenrechte stellen diese Übergriffe und die gesamte Strategie des «Drogenkrieges» einen gezielten Angriff auf die mexikanische Zivilgesellschaft und vor allem kritische und linke Akteure dar. Insbesondere in Bundesstaaten mit starker sozialer Bewegung wie Michoacán oder Veracruz haben sich paramilitärische Einheiten (der Drogenmafia) ausgebreitet, die dort vor allem junge Menschen und Fachkräfte zwangsrekrutieren. Eine Situation, die an Kolumbien in den düstersten Jahren erinnert.

Wie kein anderes Thema beherrschen dieser «Krieg» und die Frage der «Sicherheit» den Wahlkampf. Alle Kandidaten distanzieren sich von der Militärpräsenz auf den Straßen und möchten dem Militär die von Calderón verliehenen Polizeii-

2 <http://www.cndh.org.mx/> 3 <http://desaparecidosmexico.ya.st/> 4 [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_lateinamerika\\_1112.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_1112.pdf) 5 <http://www.acuddeh.org/>

vollmachten wieder abnehmen. Am vorsichtigsten drückt sich dabei freilich Josefina Vazquez Mota, ehemalige Sozialministerin und Kandidatin der regierenden PAN aus, die eine sehr langsame Rückkehr zum Normalzustand verspricht. Ex-Präsident Vicente Fox (PAN) hat in dieser Situation gar die Seiten gewechselt und unterstützt nun die Kandidatur von Pena Nieto. Weitere wichtige Themen sind die Korruptionsbekämpfung und soziale Investitionen des Staates.

Vor dem Aufkommen von «Yo Soy #132» war es vor allem die Opferbewegung des Dichters Javier Sicilia, die als Ausdruck des zivilgesellschaftlichen Protestes gegen diese Realität sichtbar war. Eine politische Dimension hat seine Bewegung um den Vater eines ermordeten Sohnes aber nicht annehmen können. Politisches Gewicht und Ansehen verspielte Sicilia vor allem durch seinen nicht nachvollziehbaren Zick-Zack-Kurs angesichts der Wahlen am 1. Juli, bei dem er zeitweilig von einer Rückkehr der PRI an die Macht warnte, sich in internen Gesprächen solidarisch mit der Kandidatur des Progressiven Andrés Manuel López Obrador erklärte, dann diesen aber öffentlich wegen angeblichen «Autoritarismus» und «Messiasstums» geißelte. Er rufe zu nichts auf, so Sicilia, werde sich bei den Wahlen aber enthalten.

Den Seitenhieb gegen López Obrador nahm die Kandidatin der regierenden PAN, Josefina Vazquez Mota, bei der zweiten offiziellen Debatte der PräsidentschaftskandidatInnen am 10. Juni gerne an und stellte López Obrador ihn in einem gewagten Akt der Geschichtsinterpretation gar als «das andere Gesicht der PRI» dar, deren Rückkehr an die Regierung es zu verhindern gelte. Im Wahlkampfendspurt wiederholt sie die Anwürfe gegen den Kandidaten der «Progressiven Bewegung» aus dem Jahr 2006, ihren Rivalen nennt sie «eine Gefahr für das Land». Das Nachrichtenmagazin *Proceso* berichtet von Absprachen der Kampagnenteams von Peña Nieto und Vazquez Mota, die sich auf López Obrador einschließen. Ein Ausdruck davon sind von PRI und PAN verbreitete Hetz-Wahlkampfspots. In einem davon werden die Worte des progressiven Kandidaten so geschnitten, dass es sich so anhört, als würde er zum bewaffneten Kampf aufrufen.

Kaum Erwähnung verdient der vierte Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2012: Der Akademiker Gabriel Quadri de la Torre lässt sich als U-Boot der stramm rechten «Partei Neue Allianz» von der höchst umstrittenen Vorsitzenden der kooperistischen PRI-LehrerInnengewerkschaft Elba Esther Gordillo (eine der mächtigsten Politikerinnen in Mexiko) einordnen. Quadri soll mit seinen linksliberalen Vorschlägen nach Marihuana-Legalisierung, Recht auf Abtreibung und für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ganz offensichtlich Stimmen von López Obrador gewinnen. Auf Plakaten wirbt der neoliberale Politiker, der so deutlich wie kein anderer Politiker die Privatisierung der Ölgesellschaft Pemex fordert, dann auch mit den Konterfeis von Pancho Villa, Leo Trotzki und Mahatma Gandhi.

Wahlumfragen war in Mexiko indes noch nie zu trauen. Die vier führenden Meinungsforschungsinstitute, die mit den großen Medienkonzernen verbandelt sind, vermeldeten bereits, dass Peña Nieto mit uneinholbarem Vorsprung führe, bevor dieser überhaupt als Kandidat der PRI gekürt wurde. Die kritischen Medien<sup>6</sup> beschäftigen sich mit diesem Phänomen – und den nicht unseriösen, aber ebenfalls in Frage zu stellenden Internet- und Telefonumfragen, die López Obrador als Sieger sehen. Umfrageergebnissen zufolge, welche das Wahlkampfteam des letzteren ernst nimmt, lag der progressive Kandidat in den Tagen vor dem zweiten TV-

Duell (10.6.) einen halben Prozentpunkt hinter dem Favoriten. Gewählt wird in Mexiko der Kandidat mit den meisten Stimmen – und sollte es nur eine einzige mehr sein.

## DER WANDEL VON LÓPEZ OBRADOR

Sind in Mexiko wirklich alle Politiker gleich, so wie es Gabriel Quadri (s. o.) nicht müde wird zu betonen? Diese These teilen etwa die UnterstützerInnen der zapatistischen «Anderen Kampagne» («La Otra Campaña»). Selbstverständlich werden diese nicht für Quadri stimmen, sondern wiederholen ihren Aufruf zum Wahlboykott von 2006. Und dafür haben sie gute Gründe: Waren es doch im Bundesstaat Chiapas auch immer wieder Politiker der «Partei der Demokratischen Revolution» von López Obrador, welche verantwortlich sind für Repressionen gegen die ZapatistInnen und andere Indigene; in vielen Fällen in einem Wahlbündnis mit der PAN. Auf Bundesebene zeigte die Mehrheit der PRD-Fraktion ihnen die kalte Schulter, indem sie 2001 im Parlament gegen die Friedensverträge von San Andrés stimmte. Anstatt einer der korrupten Parteien des kapitalistischen Systems eine Stimme zu geben, solle der Anti-System-Kampf organisiert werden, lautet eine der Thesen der ZapatistInnen.

Diese Position hat heute indes weniger öffentliche Unterstützung als noch vor sechs Jahren. Damals machte die «Anderere Kampagne» von sich Reden, indem sie landauf – landab Aktivitäten organisierte und SympathisantInnen mobilisierte. Doch in den vergangenen Jahren ist es ruhiger geworden um die ZapatistInnen. Rund zwei Drittel des Territoriums von Chiapas gelten als befreit und mit ihrer alternativen Organisationsform der «Caracoles» leben die BewohnerInnen selbstbestimmt. Aber in der Öffentlichkeit wird viel mehr über den Ort Cherán<sup>7</sup> im Bundesstaat Michoacán diskutiert, wo die indigene Bevölkerung die Drogenmafia vertrieben hat und heute ebenfalls eine Form der Selbstorganisation lebt. UnterstützerInnen des Zapatismus wie der Intellektuelle Enrique Ávila argumentieren, dass in den zapatistischen Gemeinden ein anderes Verständnis von Zeit herrsche und man sich dort nicht von der Wahlkonjunktur drängeln lasse. Faktisch bleibt die Bewegung aber bis heute den vor sechs Jahren angekündigten «Nationalen Plan für den Kampf» schuldig.

Neben der aus den Kämpfen für Demokratie in der Zeit nach dem Erdbeben von Mexiko-Stadt und dem vermutlichen Wahlbetrug von 1988 Ende der Achtziger Jahre entstandenen linken «Partei der Demokratischen Revolution» (PRD)<sup>8</sup>, die sich heute weitgehend von ihren Wurzeln in der sozialen Bewegung und marxistischen Einflüssen entfernt hat, unterstützen wiederum die Kleinparteien «Staatsbürgerliche Bewegung» (sozialdemokratisch) und die «Arbeitspartei» (PT; post- oder spät-maoistisch) die Kandidatur von López Obrador. Erstmals gibt es mit «Morena» («Bewegung für die nationale Erneuerung») aber auch eine zivilgesellschaftliche Organisation mit mehreren Millionen Mitgliedern, die sich der «Progressiven Bewegung» angeschlossen hat und die Kandidatur unterstützt. «Morena» versteht sich heute vor allem als Wahlkampf helfer für ihren Gründer López Obrador und möchte am Wahltag in so vielen Wahlbüros wie möglich präsent sein, um Manipulation und Wahlbetrug zu verhindern. Aber die Bewegung hat auch bereits ein beträchtliches Eigenleben entwickelt. Mittlerweile haben sich Arbeitsge-

<sup>6</sup> <http://www.jornada.unam.mx/2012/04/10/opinion/016a2pol> <sup>7</sup> <http://www.epd.de/zentralredaktion/epd-zentralredaktion/schwerpunktartikel/mit-direkter-demokratie-gegen-die-drogenbos> <sup>8</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36172/1.html>

meinschaften wie «Morena Kultur», gegründet von einer Gruppe um die SchriftstellerInnen Elena Poniatowska (Anwärterin auf das von López Obrador vorgeschlagene neue Amt einer Kulturministerin) und Paco Ignacio Taibo II), oder «Morena Jugend» gegründet. Diese beziehen sich in ihren Aktionen auch auf Themen, die der Kandidat zum Beispiel beim TV-Duell nicht angesprochen hat: Im April malten sie mit Kreide die Umrisszeichnungen zehntausender Menschen auf den Zocalo, den zentralen Platz von Mexiko-Stadt, als Anklage gegen den «Drogenkrieg». Im November 2012 will «Morena» auf einem nationalen Kongress über die eigene Zukunft entscheiden.

## DIE «LIEBEVOLLE» REPUBLIK

Den Vorwahlkampf begann López Obrador im Herbst 2011 mit einer auf Versöhnung ausgerichteten Strategie. Sein Konzept für eine geistig-moralische Wende in Mexiko nennt er dabei die «liebevollen Republik». Immer wieder betont er, dass er keine Spaltung des Landes wolle, sondern diese überwinden. Das ist eine Lektion aus der vergangenen Wahlkampagne und der Zeit danach, als sein manchmal radikaler Diskurs von den Medien willkommen weiterverbreitet wurde, um Angst vor dem «linken Schreckgespenst» zu verbreiten. In der Endphase des Wahlkampfes ist von dieser «liebevollen Republik» zwar immer weniger die Rede, aber bei öffentlichen Anlässen, wie den TV-Duellen der Kandidaten, tritt der 59-jährige Politikwissenschaftler betont moderat auf und beantwortet aggressive Attacken wie der PAN-Kandidatin mit «größtem Respekt vor ihrer Person».

Der politischen Linken muss klar sein, dass López Obrador in vielen Punkten eigentlich gar nicht ihr Kandidat ist. Seine politische Heimat sind die kleinbäuerlichen Organisationen in seinem Heimatstaat Tabasco, wo er sich einen Namen als ehrlicher Kämpfer gemacht hat. Mit ganzem Herzen steht er auf der Seite derjenigen, die nichts oder wenig haben und sein Ruf als Unbestechlicher ist ernst zu nehmen. Unter Beweis gestellt hat er sich als demokratischer Bürgermeister von Mexiko-Stadt (2000–2005), wo er den Grundstein für eine neue Art der Sozialpolitik gelegt hat. Gegen viel Widerstand gründete er eine Volksuniversität, UACM, insbesondere für ArbeiterInnenkinder, samt Stipendienprogramm für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Er führte eine Garantierente ein, auf die alle älteren Menschen ein Anrecht haben (im Gegensatz zu klientelistischen Regierungsprogrammen, wie sie PRI und PAN betreiben). Und auch die Fortschritte im Gesundheitsbereich sind in Mexiko-Stadt bemerkenswert. Dazu kommen spürbare Erfolge bei der Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Diese Punkte sind ein Beleg dafür, dass sich López Obrador tatsächlich von den anderen Kandidaten unterscheidet, insbesondere weil seine Sozial- und Bildungspolitik eine reale Verbesserung für arbeitende wie arbeitslose Bevölkerung und die Jugend darstellt.

Sein politisches Programm<sup>9</sup> beinhaltet vor allem Erfahrungen aus seiner Zeit als Regierungschef der Hauptstadt, die auf die nationale Ebene übertragen werden. Finanzieren möchte er die neuen Investitionen in Bildung und Soziales mit Erfolgen aus der Korruptionsbekämpfung und ein progressives Steuersystem. Durch die Halbierung der Einkünfte von Spitzenbeamten der Verwaltung und Streichung ihrer Privilegien (davon sollen nicht die unteren und mittleren Verwaltungsmitarbeiter betroffen sein, sondern ausschließlich die hochdotierten Spitzenfunktionäre) sollen umgehend 314 Millionen Pesos (gut 22 Millionen US-Dollar) frei

gemacht werden. Eindeutig grenzt er sich vom Neoliberalismus ab und versichert, dass es mit ihm keine Entlassungen im öffentlichen Dienst geben werde; er bekennt sich zum öffentlichen Eigentum am Ölkonzern Pemex (Mexiko ist zehntgrößter Erdölexporteur der Welt), während er die unter Calderón vollzogene Privatisierung der Elektrizitätsgesellschaft stark kritisiert. «Sicherheit» hat er zur Chefsache erklärt und würde Kabinettsitzungen deshalb nicht nur in der Hauptstadt durchführen, sondern bis zur Lösung des Problems regelmäßig auch in besonders gebeutelten Zonen wie Ciudad Juárez in Chihuahua.

Darüber hinaus möchte er ein Wirtschaftswachstum von jährlich 6 Prozent stimulieren, u. a. durch die Schaffung von sechs neuen Raffinerien auf mexikanischem Grund. Während er eine kritische Haltung zum Freihandelsabkommen hat, wünscht er sich aber zunehmend Projekte im Rahmen einer «Privat-Public-Partnership».

Dieses Programm zeigt, dass er die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftens nicht erkennt und auch das Extraktivismus-Modell nicht in Frage stellt. Untermauert wird das von seinem Schattenkabinet, das neben seinem PRD-internen Kontrahenten und scheidendem Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Marcelo Ebrard, (vorgesehen als Innenminister) zu einem Drittel aus Morena-Mitgliedern und zu zwei Dritteln aus liberalen (Ex-)Unternehmern und Unternehmensberatern besteht. Somit sind für den Fall eines Wahlsieges Konflikte mit sozialen Bewegungen, welche sich gegen die Auswirkung des extraktivistischen Kapitalismus (z. B. Edelmetallminen oder eben Raffinerien) wehren, vorprogrammiert.

Dennoch wäre der Wahlsieg des progressiven Kandidaten ein wichtiger erster Schritt beim Zurückdrängen der Ideologie des Neoliberalismus und ein wichtiges Zeichen, dass auch in von Hoffnungslosigkeit gezeichneten Zeiten Erfolge errungen werden können. Für die politische Linke, die demokratischen Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen bestünde die Herausforderung dann darin, den politischen Prozess nicht nur zu begleiten, sondern die versprochenen Verbesserungen einzufordern und weitergehende Vorschläge im Sinne einer ökologisch-sozialistischen Transformation zu machen. Dabei könnte auch «Morena» eine zentrale Rolle spielen.

Torge Löding ist Politik- und Kommunikationswissenschaftler, er leitet das Regionalbüro der RLS in Mexiko-Stadt.  
Kontakt: [torge.loeding@rosalux.org.mx](mailto:torge.loeding@rosalux.org.mx)

<sup>9</sup> <http://amlo.si/infografia/amlosisabesumar>

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122  
m.schuetrumpf@rosalux.de · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Juni 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling